Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 93 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 22. April 1931

Genfer Besuch.

Wir sind in Deutschland mit so zahlreichen Streitfragen, Auseinandersetzungen, Bemühungen und Versuchen, Projekten und Entschlüssen wirtschaftlicher und innenpolitischer, finanzieller und sozialpolitischer Art beschäftigt, daß uns nur wenig auffällt, mit welchem Eifer draußen jenseits unserer Grenzen — und namentlich in Frankreich und England — für die Maitagung des Völkerbundrates „gerüstet“ wird. Am Quai d'Orsay in Paris und in der Londoner Downingstreet ist Hochbetrieb; auch in Genf „tut sich“ allerhand. Diese Betriebsamkeit ist übrigens durchaus zu verstehen, denn die kommende Tagung hat gleich eine ganze Menge von Dingen „kitzligster“ Art auf der Tagesordnung zu stehen und, was dort nicht verzeichnet ist, pflegt womöglich noch kitzliger, jedenfalls sehr viel wichtiger als das andere, das „Offizielle“, zu sein. Infolgedessen hat schon jetzt der Generalsekretär des Völkerbundes gleichfalls reichlich Arbeit; Sir Eric Drummond kennt aber aus langjähriger Erfahrung die Notwendigkeit, gerade für die Behandlung solcher Spannungen in Genf einige Vorsorge zu treffen, damit die Meinungen und Differenzen wenigstens äußerlich nicht allzu scharf aufeinanderplatzen, und er hat darum jetzt auch den Weg nach Berlin zur Wilhelmstraße ins Auswärtige Amt gefunden.

Natürlich ist — wie jeder Staat denkt und handelt — auch Deutschland bemüht, die uns besonders interessierenden und vor die Genfer Konferenz kommenden Streitfragen bei den Besprechungen mit dem Generalsekretär Sir Eric Drummond in den Vordergrund zu schieben. Und da kommt zunächst das auf der Januartagung noch Unerledigte in Frage, nämlich die Entscheidung über unsere Auseinandersetzungen mit Polen über die Deutschenverfolgung in den verlorenen Gebieten jenseits unserer Ostgrenzen. Daß gleichzeitig auch die lauten Beschwerden der ukrainischen Minderheiten endlich zur Verhandlung kommen sollen, erleichtert unsere Position erheblich; denn hier dürfte namentlich England einige deutliche Worte mit den polnischen Herren sprechen. Wie üblich werden wohl auch aus Danzig und dem Memelland heftige Beschwerden vorgebracht werden, — kurz, die Frage des Minderheitenrechts und des Verhaltens der nationalistisch eraltierten Oststaaten „ziert“ wieder einmal ausgiebig die Tagesordnung der Genfer Konferenz des Völkerbundrates.

Für die Westmächte steht aber doch die Abrüstungsfrage — man ist versucht, dieses Wort in Anführungsstriche zu setzen! — natürlich weit mehr im Vordergrund. Was sie für Deutschland bedeutet, braucht ja nicht mehr gesagt zu werden. Und hier hat ja nun der deutsche Außenminister mit seinem Antrag in Genf, man solle dort eine sehr viel ausführlichere und zutreffendere Offenlegung der militärischen Rüstungen beschließen, wohl die Hauptursache zur Reise Sir Eric Drummonds nach Berlin abgegeben. Das Spiel hinter den Kulissen der Januarkonferenz findet seine Fortsetzung; bedeutet doch jener Antrag ein ganz offizielles Abrücken von den Beschlüssen der berüchtigten „Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz“, wo man trotz des langen Namens nur vollständig Unbefriedigendes als Ergebnis vieljähriger „Arbeit“ hinterließ. Im Januar hatte ja auch der deutsche Widerstand es erreicht, daß der würdige Herr Benesch, tschechoslowakischer Außenminister und — wie sich jetzt im Streit um die Zollunion deutlich genug zeigte — heftiger Gegner Deutschlands, nicht zum Präsidenten der künftigen Abrüstungskonferenz gewählt wurde und wohl auf der Maitagung nicht gewählt werden wird. Der Außenminister Englands, Henderson, soll sich um dieses Amt zwar nicht bewerben, aber doch bemühen, vorläufig und vor der Hand, was man gewohnheitsgemäß als „diplomatische Fühlungnahme“ bezeichnen kann. Vielleicht kommt auf Anregung des Generalsekretärs Sir Drummond ein kleiner Sonderausschuß zustande, dem man die vorbereitende Behandlung des deutschen Antrages und der Präsidentenwahl nicht ungern überlassen würde.

Mit einigen anderen Sorgen ist der Völkerbund-Generalsekretär aber auch sonst noch beschwert. Man braucht nur das Wort deutsch-österreichische Zollunion“ anzuführen, um zu wissen, was gemeint ist. Hierüber wird es vermutlich schon in Briands „Europakomitee“ zu vorbereitenden Auseinandersetzungen kommen, noch ehe also der zu dieser Streitfrage eingegangene englische Antrag im Völkerbundrat selbst offiziell vorgenommen wird. Vielleicht kann man — schon aus allgemein politischen Gründen heraus — überhaupt diesen Punkt der Genfer Tagesordnung als den wichtigsten betrachten, vielleicht tut dies auch Sir Drummond, und er will schon jetzt in Berlin „das Terrain sondieren“, um es diplomatisch auszudrücken. Denn daß er sich angesichts der Zuspitzung gerade der deutsch-französischen Beziehungen wegen dieses Streits um den Wiener Vertrag sehr vorsichtig verhält, kann man dem Generalsekretär des Völkerbundes als „neutrale“ Persönlichkeit nicht verdenken.

Allerdings werden ihm in Berlin gerade wegen dieser „Neutralität“ wohl einige Beschwerden vorgesetzt werden, die deutscherseits gerade über das ureigenste Tätigkeitsfeld des Generalsekretärs erhoben werden müssen, nämlich über die Zusammensetzung des Völkerbundsekretariats. Der englisch-französische Einfluß ist dort denn doch ein bißchen allzu stark zuungunsten Deutschlands, das personell in Genf überaus benachteiligt wird. Und so manches Mal schon bekamen wir die dadurch veranlaßte, recht unneutrale Stellungnahme des Sekretariats gerade in der Abrüstungsfrage empfindlich zu spüren. Wir haben im Generalsekretariat einen „Untergeneralsekretär“ sitzen und dessen jetzige Anwesenheit in Berlin läßt darauf schließen, daß Herrn Drummond einige „Aufbesserungs“wünsche in der angedeuteten Richtung vorgetragen werden dürften.

Stahlhelm-Volksbegehren erfolgreich

Es kommt zum Volksentscheid in Preußen.

Die erforderliche Stimmenzahl überschritten.

Wie das Bundesamt des Stahlhelms noch vor Abschluß der Eintragungszeit mitteilt, haben die Eintragungen für das Volksbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtages die für das Gelingen erforderliche Mindestzahl von 5,27 Millionen weit überschritten. Genauere Zahlenmeldungen sollen am Mittwoch erfolgen.

Nachdem das Volksbegehren die erforderliche Zahl erreicht hat, die in dem preußischen Gesetz vorgeschrieben ist, wird der Antrag des Stahlhelms „Der Preußische Landtag ist aufzulösen“, nunmehr dem Volksentscheid unterbreitet werden.

Der Volksentscheid wird im Gegensatz zum Volksbegehren nicht öffentlich durchgeführt.

Natürlich werden die zuständigen preußischen Behörden das Material, das der Stahlhelm für das Volksbegehren ihm vorlegen muß, nachprüfen. Nach den Vorschriften ist der Gang der Ereignisse so, daß die Gemeindebehörden nunmehr die Eintragungslisten den Vertrauensleuten des Volksbegehrens übergeben. Diese Vertrauensleute sind verpflichtet, innerhalb von acht Wochen nach Ablauf der Eintragungsfrist die Ergebnisse an den Landeswahlleiter weiterzugeben, der dann die Listen an das preußische Staatsministerium weiterleitet.

Während für das Volksbegehren in Preußen 20 Prozent der Stimmberechtigten sich in die Listen eintragen mußten, sind für den Volksentscheid etwa 13 Millionen Stimmen nötig, um die Landtagsauflösung herbeizuführen.

Die Beteiligung an dem Volksbegehren

war, soweit man den Verlauf der Eintragungen verfolgen konnte, recht verschieden. Während einzelne Großstädte, wie zum Beispiel Berlin, Köln und andere Städte des Rheinlandes, weit hinter der erforderlichen 20prozentigen Zahl der Stimmberechtigten zurückgeblieben sind, haben andere Städte diese Zahl bedeutend überschritten. An der Spitze marschieren hier die Gegenden in Ostpreußen und Pommern sowie zahlreiche Gebiete in Norddeutschland. Den Ausschlag für das Gelingen des Volksbegehrens dürften die ländlichen Gebiete gebracht haben, deren Bevölkerung sich oft bis zu 100 Prozent in die Listen haben eintragen lassen.

Illustrationen zur „Abrüstung“

Spiel mit dem Feuer.

Die großen französischen Herbstmanöver.

In der Zeit vom 10. bis 16. September finden in diesem Jahre die großen französischen Herbstmanöver statt, für die das aus dem Weltkrieg her bekannte große Dreieck zwischen Laon—Rethel—Reims gewählt wurde, das durch die Aisne in zwei etwa gleiche Hälften geteilt wird. Die Manöveraufgabe wird darin bestehen, daß eine der beiden Parteien versuchen muß, den Fluß zu überschreiten, um den auf dem gegenüberliegenden Ufer stehenden Feind zu vertreiben. Neben drei Divisionen Infanterie, den üblich Artillerie- und Kavallerieregimentern nehmen mehrere Regimenter schwerer Artillerie, Tanks, Minenwerfer und Genietruppen teil. Ein überaus zahlreiches Aufgebot an Bomben- und Jagdflugzeugen wird das Bild dieser Truppenschau am Vorabend der Abrüstungskonferenz vervollständigen.

2000 Militärflugzeuge läßt Frankreich jährlich bauen.

Eine amtliche französische Veröffentlichung enthält ausführliche Angaben über die Beschäftigung der französischen Luftfahrzeugindustrie während des letzten Jahrzehnts mit militärischen und zivilen Aufträgen, die für Deutschland insofern von besonderem Interesse sind, als sie zeigen, daß der französische Flugzeugbau fast ganz von militärischen Bestellungen lebt. Aus der Statistik für die Jahre 1919 bis 1927 geht hervor, daß die französische Luftfahrzeugindustrie jährlich durchschnittlich 1000 bis 2000 Militärflugzeuge lieferte, während der Jahresdurchschnitt für Zivilluftfahrzeuge nur 20 bis 30 Stück im Jahre betrug.

Der französische Militärattaché in Berlin, Oberstleutnant Chapouilly, dessen Stellung durch die Aufdeckung der französischen Spionage in Königsberg schwer erschüttert wurde.

Spionage und Abrüstung.

Der vereitelte französische Spionageversuch.

Die französischen Offiziere, die den unliebsamen Spionagezwischenfall in Königsberg verursachten, trafen überraschend und entgegen ihren ursprünglichen Dispositionen in Königsberg ein. Sie brachen überstürzt von ihrem Hotel auf, um den Zug in Richtung Berlin zu erreichen. Wie verlautet, haben die Offiziere Deutschland über die polnische Grenze verlassen und sind nicht über Berlin gefahren.

Eigentlich sollte man meinen, daß den Franzosen angesichts der von ihnen kartellierten Entwaffnung Deutschlands nichts mehr zu spionieren übriggeblieben ist, aber die Absicht der Spionage durch die drei französischen Offiziere steht nach der Entwicklung der bei ihnen vorgefundenen Platten einwandfrei fest. Daß dazu der Königsberger Konsul, also ein wirtschaftlicher Vertreter Frankreichs, Hilfe geleistet hat, läßt die Angelegenheit als doppelt verwerflich erscheinen und erinnert stark an russische Verhältnisse. Rußland wird ja auch vorgeworfen, daß es seine wirtschaftlichen Vertretungen in fremden Staaten zu allerhand Bespitzelungen mißbraucht.

Daß man in Pariser Regierungskreisen das Vorgehen der französischen Offiziere nicht decken zu können oder wenigstens den Schein davon wahren zu müssen glaubt, zeigt die Anweisung an sie, sofort deutschen Boden zu verlassen. Energisch ist jedenfalls zu fordern, daß die französische Regierung die kompromittierten Persönlichkeiten, den französischen Militärattaché in Berlin, Oberstleutnant Chapouilly, seinen Gehilfen, Oberleutnant Koeltz, und den Königsberger Konsul Fauget, die sich zum mindesten der Spionagebegünstigung verdächtig gemacht haben, schleunigst abberuft.

Die Beseitigung militärischer Spionage gehört auch mit zur „Abrüstung“, die Deutschland vom Standpunkt der gleichmäßigen Behandlung aller Staaten aus auf der Abrüstungskonferenz zu fordern haben wird.

Was wurde photographiert?

Über die Königsberger Angelegenheit wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Die Untersuchung der den französischen Offizieren abgenommenen Bilder ist noch nicht beendet. Es sollen Vergrößerungen angefertigt werden, um aus den Einzelheiten festzustellen, ob auf den Bildern

geheim zu haltende Geräte

zu erkennen sind. Vier Bilder zeigen Gebäude der Königsberger Festungsanlagen, während zwei Bilder die übende Truppe (Artillerie) zeigen. Es ist anzunehmen, daß es sich bei dem Königsberger Fall um einen

Grenzfall von Spionage

handelt. Sollte jedoch bei näherer Prüfung festgestellt werden, daß tatsächlich Spionage vorliegt, dann würde die deutsche Regierung die Folgerungen ziehen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF